

Taunus-Zeitung.

Offizielles Organ der Behörden des Amtsgerichtsbezirks Königstein.

Kelheimer- und
Hornauer Anzeiger

Nassauische Schweiz · Anzeiger für Ehlhalten,
Eppenhain, Glashütten, Ruppertsheim, Schloßborn

Falkensteiner Anzeiger
Fischbacher Anzeiger

Erscheint am Montag, Mittwoch, Freitag und Samstag. Bezugspreis vierteljährlich 2 Mark, monatlich 70 Pfennig. Anzeigen: Die 50 mm breite Zeitzeile 20 Pfennig für amtliche und auswärtige Anzeigen, 15 Pfennig für hiesige Anzeigen; die 85 mm breite Reklame-Zeile 50 Pfennig; tabellarischer Satz wird doppelt berechnet. Adressennachweis und Anzeigengebühr 20 Pfennig. Ganze, halbe, dritte und viertel Seiten, durchlaufend, nach besonderer Berechnung. Bei Wiederholungen unveränderter Anzeigen in

Mittwoch

1
Mal

kurzen Zwischenräumen entsprechender Nachschub. Jede Nachschubbewilligung wird hinsichtlich der gerichtlichen Vertreibung der Anzeigengebühren. — Einfache Beilagen: Laufend 6.50 Mark. Anzeigen-Aufnahme: Größere Anzeigen müssen am Tage vor, kleinere bis 1/10 Uhr vormittags an den Erscheinungstagen in der Geschäftsstelle eingetroffen sein. — Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen oder an bestimmter Stelle wird tunlichst berücksichtigt, eine Gewähr hierfür aber nicht übernommen.

Nr. 67 · 1918

Verantwortliche Schriftleitung, Druck und Verlag:
Ph. Kleinböhl, Königstein im Taunus.
Postfachkonto: Frankfurt (Main) 9927.

Geschäftsstelle:
Königstein im Taunus, Hauptstraße 41.
Fernsprecher 44.

42. Jahrgang

Um das gleiche Wahlrecht.

Preussisches Abgeordnetenhaus.

Ein Vertagungsantrag des Grafen Spee

Berlin, 30. April. Das Abgeordnetenhaus ist außerordentlich stark besetzt. Am Ministertisch der Ministerpräsident Graf Hertling, der Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg, der Minister Dr. Drews u. a.

Auf der Tagesordnung steht die Beratung der

Verfassungsvorlage

über die Wahlreform für das Abgeordnetenhaus, die Reform des Herrenhauses und die Abänderung des Budgetgesetzes. Bei der Wahlreform ist die Regierungsvorlage, die das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht verlangte, in der Kommission abgelehnt worden, und auf konservativen Antrag hin ein Pluralwahlrecht, abgestuft nach Besitz, Alter und Bildung beschlossen worden. Ein fortschrittlicher Antrag verlangt, daß die Bindung des Wahlrechts an eine dreijährige Staatszugehörigkeit fallengelassen wird und nur eine Aufenthaltsdauer von sechs Monaten für die Ausübung des Wahlrechts verlangt wird. Weiter beantragt die Fortschrittliche Volkspartei die Einführung der Verhältniswahl für die gemischtsprachigen Bezirke und entsprechend der Reichstagsvorlage die Einführung der Verhältniswahl für 15 weitere große Wahlkreise. Schließlich wird die Möglichkeit der Auflösung der ersten Kammer gefordert. Ein sozialdemokratischer Antrag wiederholt die grundsätzlichen Forderungen der Sozialdemokratie zum Wahlrecht, also u. a. das allgemeine und gleiche Wahlrecht ohne Unterschied des Geschlechts nach Vollendung des 20. Lebensjahres, und beantragt im übrigen Wiederherstellung der Regierungsvorlage. — Ein Antrag Lohmann macht einen Vermittlungsvorschlag, indem alle Wahlberechtigten eine Grundstimme haben sollen, und daß dann unter bestimmten Voraussetzungen noch eine Zusatzstimme gewährt wird.

Abg. Graf v. Spee (Zentr.) beantragt zunächst zur Geschäftsordnung, alle Vorlagen zur Verfassungsvorlage von der Tagesordnung abzulehnen und die Beratung bis zum Friedensschluß zu vertagen.

Ich stelle diesen Antrag vollkommen aus eigenem Anlaß, aber mit vollem Ernst. Der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg hat diesen Standpunkt hier im Hause vertreten. Er hat gesagt, wir könnten, während das Haus noch von unseren Feinden belagert werde, innere Kämpfe nicht vertagen. (Sehr richtig! rechts.) Auch in der Osterbotschaft ist gesagt, der Meinungsstreit hinter der Front müsse noch verschoben werden. Es ist dann weiter im Juli-Erlaß gesagt worden, daß die Vorlagen so rechtzeitig vorzulegen seien, daß die Neuwahlen unter den neuen Bestimmungen stattfinden. Damit ist kein Wort gesagt, daß die Beratung schon jetzt stattfinden muß. Es braucht nur die Legislaturperiode entsprechend verlängert zu werden, und dann könnte nach Friedensschluß die Wahlreform beraten werden.

Alle Garantien sind gegeben, daß die Reform der Verfassung erfolgen muß. Es handelt sich jetzt um nichts anderes, als um die Frage des Zeitpunktes, und der jetzige Zeitpunkt ist nicht geeignet, wo wir in diesem ungeheuren Erlebenskampf stehen. (Sehr richtig! rechts.) Dieser Zeitpunkt ist nach jeder Richtung denkbar ungeeignet. Wollen Sie denn die Helden an der Front ausschließen? (Lebhafte Widerspruch.) Wir alle entbehren in unseren Wahlkreisen eine große Anzahl von Wählern, mit denen wir gewohnt sind, solche Dinge zu besprechen. Dieses Haus in seiner jetzigen Zusammensetzung, das in sechzigjähriger Tätigkeit gewaltiges geleistet hat, wie kein anderes modernes Parlament, das soll auch in seiner Sterbestunde seine Würde wahren. (Widerspruch links.) Die Annahme meines Antrages würde an der Front wie eine Erlösung wirken. Ich komme von der Front, ich weiß es. (Gelächter links.) Dort begreift man es gar nicht, wie es möglich ist, daß im Inland politischer Ehrgeiz und Machtgier sich so regen, während doch alles darauf ankommt, Einigkeit zu schaffen. Bräute uns der Kampf auch nur einen Schritt dem Siege näher, so ließe sich darüber reden, aber so haben nur die Feinde ein Interesse an dem inneren Streit. Aber auch im Inlande, auch im Arbeiterkreise begreift man diesen Kampf nicht.

Wir wollen vermeiden, was uns trennt, und tun, was uns einigt.

Man ist im Großen und Ganzen einig geworden, nur nicht über den springenden Punkt, die Art des Wahlrechts. Mit einer ganz verschwimmenden Mehrheit ist ein entscheidender Beschluß gefaßt worden. (Das ist nicht mehr zur Geschäftsordnung. Hoffmann ruft: Lassen Sie ihn doch, das wirkt ja nach außen!)

Präsident Graf Schwerin: Der Antrag ist zur Geschäftsordnung zulässig. Ein solcher Antrag ist seit längerer Zeit nicht gestellt worden, es liegen aber bestimmte Vorbilder vor. Im Jahre 1863 hat der damalige Präsident auch eine solche Begründung zugelassen, wie sie der Herr Vorredner vor hat. Ich glaube also, der Antragsteller hat das Recht, diesen Antrag zu begründen.

Graf Spee (fortfahrend): Was wird die Folge sein, wo solche Entscheidungen mit einer verschwimmenden Mehrheit gefaßt werden? Ruhe wird nicht eintreten. Wenn aufgelöst wird, was nützt es? Sie haben damit Aussicht auf einen politischen Sieg, aber der Sieg kann ein Pyrrhus-Sieg sein. Ein politischer Kampf, eine politische Hege geht durch das ganze Reich. Soll dieser Kampf ausgefochten werden, dann im richtigen Zeitpunkt, nicht zu dem jetzigen. Der richtige Zeitpunkt ist nach Friedensschluß. Ich muß mich auch an den Herrn Ministerpräsidenten wenden. Der Ministerpräsident hat kein leichtes Joke übernommen. Zu diesem Erde gehört auch diese Vorlage, die aus schwächlicher und ängstlicher Hand gekommen ist. (Sehr richtig rechts.) In kurzer Zeit ist es dem Herrn Reichskanzler und Ministerpräsidenten gelungen, dem Volk und dem Heere das Gefühl beizubringen, daß eine zielbewußte und kräftige Leitung im Innern wieder vorhanden ist und auch die

verdamnte Friedensresolution

ist inzwischen tot. (Lebhafte Beifall rechts.) Vor uns liegt das Kaiserwort: Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche. Ich komme von der Front mit der Waffe, ich habe mich im Februar dorthin gemeldet, weil ich die politischen Zustände hier im Lande nicht mehr ertrage. (Lebhafte Zustimmung rechts und großes Gelächter links.) Ich war in der Atmosphäre prochtvoller Kampfstimmung, wenn auch nur in bescheidener Stellung. Ich durfte die Vorbereitung des gegenwärtigen Geschehens mit erleben und mich mit Begeisterung an den Vorbereitungen beteiligen, und ich wünschte, Sie hätten das alles mitmachen können. Sie ständen alle auf unserem Standpunkt. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Zeigen Sie unseren Helden draußen, daß Sie ihrer würdig sind, wie sie es verdienen, wie es in unserem herrlichen Schlachtgesang heißt: Zeigt der Welt, daß wir treu zusammenstehen. (Lebhafte Zustimmung rechts und Widerspruch links.)

Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg:

Der Antrag des Grafen Spee ist wahrscheinlich dem ganzen Hause und wahrscheinlich auch der eigenen Partei des Redners ebenso überraschend gekommen wie der königlichen Staatsregierung. Der Entschluß zu diesem Antrag ist sicherlich von hoher patriotischer Gesinnung ausgegangen. (Sehr richtig rechts.) Aber ich glaube nicht, daß seine Annahme den Erfolg haben würde, den der Vorredner sich davon verspricht. Eine Vorlage, die feierlichst angekündigt worden ist, die in der Beratung dieses hohen Hauses begriffen ist, zurückzustellen auf eine ganz unbestimmte unabherrschbare Zeit, würde den inneren Frieden unseres Volkes auf das Tiefste gefährden. (Lebhafte Zustimmung und Handklatschen links, Widerspruch rechts.) Sie mögen darüber denken, wie Sie wollen. Die königliche Staatsregierung kann die Verantwortung nicht übernehmen, und sie muß der Annahme aufs Entschiedenste widersprechen. Sie würde die Annahme dieses Antrages mit den

äußeren verfassungsmäßigen Konsequenzen

beantworten. (Stürmischer Beifall links und Widerspruch rechts.)

Abg. Porsch (Ztr.): Die Annahme, daß dieser Antrag eine Ueberraschung sei, trifft für meine Fraktion leider nicht zu. Der Antragsteller hat bereits in der Fraktionsitzung diesen Antrag gestellt. Unter anderen Verhältnissen hätte sich darüber vielleicht reden lassen. Aber nachdem einmal eine Vorlage eingebracht worden ist und von einem großen Teil

des Volkes die Einbringung erwartet worden war, erscheint es eine Unmöglichkeit, den Antrag anzunehmen. Ich beantrage, ihn abzulehnen.

Nach erregter Aussprache, an der sich die Abgg. Bachnide (Bpt.), Hoffmann (Unabh. Soz.), welcher bei seiner Rede dreimal vom Präsidenten zur Ordnung gerufen wurde, Hirsch (S.), v. Hengstbrand (konf.), Lohmann (natl.) teilnahmen, erklärte Abg. Rüdicke (frk.) Der Antrag des Grafen Spee hat bewiesen, eine wie große Schuld die königliche Staatsregierung auf sich geladen hat, indem sie diese Vorlage eingebracht hat. (Lebhafte Zustimmung rechts und stürmischer Widerspruch links.) Dieser Antrag wird die Augen des ganzen Volkes in ganz Deutschland darüber öffnen, daß sich solche Dinge hier abspielen konnten. Die Verantwortung hierfür trägt in erster Linie die königliche Staatsregierung. (Lebhafte Zustimmung rechts und erneuter starker Widerspruch links.) Der Antrag des Grafen Spee ist eine Last, die in den Herzen meiner Freunde lebhaften Widerhall gefunden hat und die auch in weiten Kreisen des deutschen Volkes verstanden wird. Draußen weht ein anderer Wind, da ist ein Geist der Zuversicht und der Stärke. Dem Antrag des Grafen Spee können wir allerdings nicht zustimmen. (Gelächter.)

Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg legte (unter anhaltendem Lärm rechts) Verwahrung gegen die Ausführungen des Antragstellers ein. Er sagte weiter: Ich muß den Vorwurf, daß die Staatsregierung durch Einbringung dieser Vorlage gemäß der königlichen Botschaft eine schwere Schuld auf sich geladen habe, mit allem Nachdruck zurückweisen. Die Verantwortung muß ich denen zurückgeben, die von dem Volke längst gestellte Reformen so lange verhindert haben. (Lebhafte Zustimmung links und Lärm rechts.)

Im weiteren Verlaufe der Sitzung wurde der Antrag des Grafen Spee, die Verfassungsvorlage bis nach dem Kriege zu verschieben und heute von der Tagesordnung abzulehnen, mit 333 gegen 60 Stimmen bei einer Stimmenthaltung abgelehnt.

Darauf begann die sachliche Beratung der Wahlrechtsvorlagen. Sofort zu Beginn ergriff der

Reichskanzler und Ministerpräsident Graf Hertling

das Wort und führte aus, daß die Beschlüsse der Kommission für die Regierung nicht annehmbar seien. Auch der allgemeine Antrag Lohmann sei für die Regierung nicht annehmbar, weil er plutokratischen Charakter trage, und die Regierung könne keiner Reform zustimmen, die den plutokratischen Charakter weiter beibehalte, sondern das Ziel der Regierung sei das gleiche Wahlrecht. Die Regierung sei bereit, gewisse Sicherungen, die sie ja selbst in der Vorlage vorgeschlagen habe, zu prüfen, sobald sie aus dem Hause kämen. Sie hoffe auf eine Verständigung. Aber darüber dürfe sich niemand im Unklaren sein, daß das gleiche Wahlrecht auch in Preußen eingeführt werden müsse. Jetzt sei noch die Zeit, um es ohne innere Erschütterungen durchzuführen, niemand könne wissen, wie lange dieser freie Entschluß noch gegeben sei, und deshalb sei jetzt jeder vor die entscheidende Frage gestellt, ob er das gleiche Wahlrecht einführen wolle, jetzt, wo es ohne innere Erschütterungen angehe, oder ob er unser Volk in schwere innere Erschütterungen stürzen wolle, die doch nicht zu dem gewünschten Ziele, zur Aufhebung des gleichen Wahlrechts führen würden.

In der daraufhin fortgesetzten, teilweise erregten Debatte, erklärte Abg. Dr. Porsch (Zentr.) In der ersten Lesung habe ich erklärt, daß ein anderer Teil seine Abstimmung abhängig mache von den Ergebnissen der Kommission. Die Dinge sind nun noch in Fluß geblieben. Ein kleiner Teil meiner Freunde wird unter diesen Umständen gegen das gleiche Wahlrecht stimmen, der größere Teil wird dagegen für das gleiche Wahlrecht eintreten. Im gegenwärtigen Augenblick erwartet man aber draußen im Lande nicht Reden, sondern Taten. (Beifall.)

Abg. Lohmann (M.), der als nächster Redner auf der Liste steht, beantragt mit Rücksicht auf die angestrengten Tage, die hinter vielen Abgeordneten liegen, die Sitzung zu vertagen.

Dieser Vertagungsantrag wird angenommen. Fortsetzung Mittwoch.

Großes Hauptquartier, 30. April.

(W. B.) Amtlich.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Auf dem Schlachtfelde in Flandern entwickelten sich in einzelnen Abschnitten heftige Infanteriekämpfe. Nördlich von Boormezeele und Groote Bierstraat nahmen wir mehrere englische Gräben. Bei Poper in die feindlichen Linien eingedrungenen Sturmabteilungen stießen mit starken französischen Gegenangriffen zusammen. Im Verlauf dieser Kämpfe konnte sich der Feind in Poper festsetzen. Seine Versuche, über den Ort hinaus vorzudringen, scheiterten. Die tagsüber starke Artillerietätigkeit dehnte sich auf das ganze Gebiet des Kemmel aus und hielt bis zur Dunkelheit an. An der übrigen Front blieb die Gefechtsstärke auf Erfordern und zeitweilig ausbleibendes Artilleriefeuer beschränkt.

Mazedonische Front.

Zwischen Wardar und Doiran-See brach ein nach mehrtägiger Artillerievorbereitung erfolgter feindlicher Vorstoß vor unseren Linien zusammen.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Wiener Generalstabsbericht.

Lebhafte Gefechtsstärke in Italien.

Wien, 30. April. (W. B.) Amtlich wird verlautbart:

Die Gefechtsstärke an der Südwestfront nahm wieder beträchtlich zu. An der Piave wurden mehrere Vorstöße des Feindes abgewiesen.

Der Chef des Generalstabs.

Die Kämpfe in Finnland.

Kopenhagen, 30. April. (W. B.) Nach einer Meldung des finnischen Hauptquartiers ist nun ganz Wiborg erobert. Der Feind hält sich noch im westlichen Teil von Sorval Pranhara. 6000 Revolutionäre versuchten sich einen Weg nach Frederikshama zu bahnen. Der Versuch wurde jedoch mit schweren Verlusten abgebrochen. Durch diesen Sieg hat das finnische Heer die letzte starke Wehr des Feindes gebrochen.

Ministerwechsel in Japan.

London, 30. April. (W. B.) Die „Times“ meldet aus Tokio, daß Mifuno anstelle von Goto zum Minister des Innern ernannt worden ist. Goto wurde Motonos Nachfolger im Ministerium des Äußeren. Goto erklärte, daß er an der Politik seines Vorgängers festhalten werde. Man sah diese Erklärung so auf, daß Japan zur Intervention bereit ist, und daß es ein Mandat von den Alliierten und freie Hand fordert.

Lokalnachrichten.

* Im Kreishaus zu Homburg trat am Samstag der Kreistag für den Oberrheinkreis zu seiner diesjährigen Frühjahrssitzung zusammen. Der Haushaltsplan für 1918/1919 wurde im Hauptetat in Einnahmen und Ausgaben auf 3 223 300 M. (i. B. 2 359 400 M.), im Sonderetat auf 9 000 000 M. (i. B. 2 Mill. M.) festgesetzt. Die Kreissteuereinzugsfälle mit 10 1/2 Prozent konnten für 1918 beibehalten werden. Das umlagefähige Steuersoll hat sich gegen das Vorjahr um 224 174 M. erhöht. Für die Säuglingsfürsorge und zur Bekämpfung der Tuberkulose wurden 3000 M. Ausgaben eingelegt, die Schwelternschaft zum roten Kreuz in Homburg erhielt einen außerordentlichen Beitrag von 5000 M. An Ausgaben für Kriegswohlfahrtsangelegenheiten stellte der Kreistag ein: für Familienunterstützungen 2 394 000 M., für Kriegswochenhilfe 10 000 M., für Kriegsbefähigtenfürsorge (und Fonds für die Uebergangswirtschaft) 15 000 M. und für Hinterbliebenenfürsorge 25 000 M. Der Sonderetat für Kriegswirtschaftliche Maßnahmen liegt beim Kreis-Lebensmittellaut 2 000 000 M. und bei sonstigen kriegswirtschaftlichen Maßnahmen 7 000 000 M. in Einnahmen und Ausgaben vor. An der Nassauischen Siedlungsgenossenschaft beteiligte sich der Kreis mit 10 000 M. Die Vorlage betr. Verschiebung der regelmäßigen Ergänzungswahlen zum Kreistag fand Annahme. In den Kreisauschuß wurde an Stelle des Amtsrats Lindheimer-Schwalbach Bürgermeister Jacobs-Rönigstein gewählt. An der Nassauischen Möbelbetriebsgesellschaft zu Frankfurt a. M. beteiligte sich der Kreis mit 5000 M. Er wird sich bei der Möbelbeschaffung für seine Kreisinsassen, für die er auch hinsichtlich der Bezahlung der Möbel die Bürgschaft übernimmt, der leistungsfähigen Kellheimer Möbelindustrie bedienen. Der Kreistag beschloß sodann die Errichtung eines Kreiswohlfahrtsamtes. Für die Anstellung einer Kreisfürsorgerin bewilligte der Kreistag 3400 M. Die Intendantur des 18. Armee-Korps gewährt hierzu eine Beihilfe von 1020 M.

* Am 1. Mai 1918 ist eine Bekanntmachung in Kraft getreten, durch welche Gehäuse und Gehäuseteile von Kontroll-, Register- und Schreibmaschinen aus Kupfer oder Kupferlegierungen (Bronze, Messing, Rotguss, Tombak) beschlagnahmt werden. Alle Besitzer von Rassen mit Gehäusen aus diesen Metallen haben bis zum 15. Juni Meldung an die Metall-Mobilmachungsstelle, Berlin SW 48, Wilhelmstr. 20, zu erstatten. Meldefakten werden den meisten Rassenbesitzern zugestellt; sie sind bei der Metall-Mobilmachungsstelle anzufordern, wenn sie bis zum 31. Mai nicht eingegangen sind. Die Benutzung der Rassen wird durch die Beschlagnahme nicht berührt, dagegen ist der Verkauf, die Vermietung oder Verleiheung nur mit Zustimmung der Metall-Mobilmachungsstelle zulässig. Ersatz für die später zur Entzignung kommenden Gehäuse wird durch Vermittlung der Metall-Mobilmachungsstelle rechtzeitig beschafft werden. Der Wertverlust der Bekanntmachung ist im Kreisblatt einzusehen.

* Altsheim, 30. April. Den Heldentod starb im Westen Peter König, Sohn des Herrn Maurerpoliers König, im Alter von 24 Jahren. Er war ein strebsamer Mensch, der kurz nach Besuch einer Baugewerkschule zum Seeresdienst einberufen worden war.

Von nah und fern.

Grävenwiesbach, 27. April. In überaus große Trauer wurde die Familie des Oberbrieftägers Peter Ropp dahier versetzt. Nachdem schon zwei Söhne auf dem Schlachtfelde ihr Leben lassen mußten, kam gestern die amtliche Nachricht, daß nun auch ein dritter Sohn, der Krankenträger Friedrich Ropp im Kaiserin Augusta-Regiment am 14. April den Heldentod für das Vaterland erlitten hat. Die Teilnahme an dem großen Schmerz der schwer geprüften Familie ist eine allgemeine.

Höchst, 30. April. (W. B.) Fachwerke vorm. Meister, Lucius u. Brüning A.-G., Höchst a. M. Der Abschluß für das Geschäftsjahr 1917 weist nach Abschreibungen von 19 161 303 (i. B. 12 011 388) ein Gewinnergebnis von 11 251 799 968 (einschl. Saldoertrag aus 1916 i. B. 11 242 227 445) auf. Der Aufsichtsrat beschloß, der am 25. Mai stattfindenden Generalversammlung eine Dividende von 18 pCt. (i. B. 25 pCt.) auf das auf 90 Millionen Mark erhöhte Aktienkapital vorzuschlagen.

Hanau, 29. April. Bei dem in Hanau untergebrachten Referatsbeleidigungsamt des XXI. Armee-Korps ist die Kriminalpolizei größeren Diebstählen auf die Spur gekommen, die zur Festnahme von zehn in die Affäre verwickelten Personen geführt haben. Als Diebe sollen einige Lagerdiener in Betracht kommen. (Hf. Ztg.)

Friedberg (Oberhessen), 30. April. Umfangreichen Schiebungen mit Brotgetreide und Mehl ist die Reichsgetreidestelle auf die Spur gekommen. In der Nachschube Mühle zu Hassenheim sind größere Mengen Brotgetreide für eine großindustrielle Firma im Rheingebiet gemahlen worden. Ferner hat diese Mühle auch etwa 2000 Zentner Mehl an das großindustrielle Werk im Rheingebiet verkauft. Dieses Mehl soll sogen. Schwund sein, eine Erspartnis, die sich beim Mahlen ergeben kann, jedoch an den Kommunalverband abzuliefern ist.

Bübel, 1. Mai. Auf kaum glaubliche Weise wurde im nahen Nieder-Erlenbach eine Bauerin 2000 Mark los. Die Frau mußte einer Zigeunerin, bevor sie sich die „Karten schlagen“ ließ, ihr gesamtes Geld zeigen. Als das geschehen war, ließ sich die Zigeunerin den Schlüssel zum Geldkasten aushändigen und schickte die Bäuerin mit dem Geheiß in den Kuhstall, dort solange zu bleiben, bis sie gerufen würde, denn nur dann übe die Prophezeiung ihre richtige Wirkung aus. Und so geschah's. Die törichte Frau fand, als ihr nach langem Warten im Kuhstall endlich ein Bidsl ausging, und sie in das Wohnhaus zurückkehrte, weder die Zigeunerin noch Geld mehr vor. Hoffentlich ist sie aber um eine Erfahrung reicher geworden.

Ehlingen, 29. April. (W. B.) Nach Beendigung eines Fußballspiels stürzte gestern nachmittag auf dem Redar oberhalb Ehlingens eine mit mehr als 60 Personen besetzte Fähre um. Sämtliche Insassen stürzten ins Wasser; die meisten wurden gerettet. 20 Leichen sind bis jetzt gelandet worden. Die Hauptschuld soll den Fährtenführer treffen, weil er entgegen der amtlichen Vorschrift mehr Leute in das Boot aufgenommen hatte, als Sitzplätze vorhanden waren. Das Boot ist infolge Überlastung gesunken. Der Fährtenführer ist reich geworden.

Kleine Kriegsnachrichten.

Berlin, 30. April. (W. B. Nichtamtlich.) Neue Auszeichnungen mit dem Orden Pour le mérite:

Das Eichenlaub zum Orden Pour le mérite erhielten: General der Infanterie von Quast, Oberbefehlshaber einer Armee, Generalmajor Höfer, Kommandeur einer Infanterie-Division.

Die deutschen Kriegsgefangenen in Russland. Eine drahtlose Mitteilung der russischen Regierung an die deutsche Regierung soll berichtet haben, daß nunmehr Maßnahmen getroffen worden seien, um die deutschen Kriegsgefangenen aus Ostsibirien baldmöglichst zurückzuführen.

Ein neuer Präsident in Portugal. Sidonio Paes ist der Name des vom portugiesischen Volk in allgemeiner, direkter Wahl zum Präsidenten Gewählten. Er vertrat bis zur portugiesischen Kriegserklärung sein Vaterland in Berlin. Er ist ein gemäßigter Republikaner und hat bei der Organisation der Gegenrevolution gegen den Radikalismus in Lissabon erheblich mitgeholfen. Selbst französische Zeitungen berichten, daß in Portugal allgemeine Kriegsmüdigkeit herrscht. Der Ausfall der Präsidentenwahl bestätigt dies. Portugal hat aufgehört, ein Hilfsland für die Entente zu sein.

Kiew, 29. April. (W. B. Nichtamtlich.) Nach einer Meldung der Kiewer Zeitung „Kiewskaja Mysl“ hat der ukrainische Minister für die Beförderung der für die Zentralmächte bestimmten 60 Millionen Rubel Getreide die Erhebung der tarifmäßigen Abgaben angeordnet.

Strafverfolgungen von Zeitungen.

Berlin, 29. April. (W. B.) Wie die „Nordd. Allg. Ztg.“ meldet, stellte der Reichsfiskus gegen die „Altenburger Blätter“ wegen des Artikels „Zur Reinigung unseres öffentlichen Lebens“ in Nr. 17 vom 24. April Strafverfahren.

Berlin, 1. Mai. Der „Berliner Lokalanzeiger“ meldet aus Basel: Gestern nachmittag hat vor dem Kriegsgericht in Paris der Prozeß der Zeitung „Bonnet Rouge“ begonnen. Eine Anzahl von Personen wird des Einverständnisses oder des Handels mit dem Feinde beschuldigt. Etwa zehn Zeugen wurden vernommen. Der Prozeß wird mehrere Tage dauern.

Wiborg, Feodosia genommen.

Großes Hauptquartier, 1. Mai.

(W. B.) Amtlich.

Westlicher Kriegsschauplatz.

In Flandern lebte der Feuerkampf in den Abschnitten von Poper und Dranoeter zu größerer Heftigkeit auf. Frisch in den Kampf geworfene französische Kräfte versuchten vergeblich, gegen Dranoeter vorzudringen. Ihr mehrfacher Ansturm brach in unserem Feuer zusammen.

Auf dem Schlachtfelde beiderseits der Somme führten wir erfolgreiche Erkundungen durch. Vorstöße in die feindlichen Linien südwestlich von Nonon über den Diffe-Aisne-Kanal bei Faresnes brachten mehr als 50 Gefangene ein.

Von der übrigen Front nichts von Bedeutung.

Osten.

Finnland.

In verzweifelten Kämpfen versuchte der Feind, unsere Linien nordwestlich von Tavastehus und bei Pakti zu durchbrechen. Unter schwersten Verlusten wurde er zurückgeschlagen. Finnische Truppen haben die Festung Wiborg genommen.

Ukraine.

In der Krim haben wir Feodosia kampflos genommen.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff

Die deutsche Beute in der Westschlacht.

Berlin, 30. April. (W. B.) Mit der Eroberung des Kemmelmassivs hat sich die deutsche Beute in der Westschlacht bis zum 1. Mai auf über 127 000 gezählte ungewundete Gefangene und über 1600 Geschütze gesteigert. Besonders erwähnenswert ist, daß die am Kemmel eingebrachten Gefangenen zum ganz überwiegenden Teil den Elitedivisionen der französischen Armee angehören. Auch die nach vielen Tausenden zählende Maschinengewehrbeute ist wieder um einige hundert vermehrt worden.

Die Tauchbootmeldung.

Berlin, 30. April. (W. B. Nichtamtlich.) Im Sperrgebiet um England wurde der Handelsverkehr unserer Feinde durch die Versenkung von 28 000 Bruttoregistertonnen schwer geschädigt. Den Hauptanteil an diesem Erfolg hat Oberleutnant zur See Steindorff. Das von ihm befehligte Boot versenkte im Aermellkanal allein sechs Dampfer mit zusammen 23 000 Tonnen. Alle Dampfer, darunter zwei Schiffe von je 5000 Tonnen, waren tief geladen und stark gesichert. Zwei Dampfer wurden aus Geleitzügen herausgeschossen. Es kam mit Sicherheit angenommen werden, daß mit den Ladungen der versenkten Schiffe wiederum wertvolles Kriegsmaterial in großen Mengen für den Feind vernichtet wurde.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Letzte Nachrichten.

Der Kaiser an den Kronprinzen.

Berlin, 30. April. (W. B. Nichtamtlich.) S. M. der Kaiser hat an S. Kaiserliche und Königl. Hoheit den Kronprinzen folgendes Telegramm gerichtet:

„Seiner Kaiserlichen und Königl. Hoheit dem Kronprinzen. Es ist mir eine große Freude, dir mitzuteilen, daß ich heute befohlen habe, daß die Rheinbrücke bei Engers, welche in großer Zeit erbaut, der Landesverteidigung wichtige Dienste leisten soll, den Namen Kronprinz Wilhelm-Brücke führen soll. Die Verwaltung der preussischen Staatseisenbahnen, welche mir den Vorschlag gemacht hat, will dadurch dankbar deinen Namen als Führer verewigen.“

Die gleiche Ehrung hat Seine Majestät der Kaiser dem Generalfeldmarschall von Hindenburg zu teil werden lassen, indem er die neue Rheinbrücke bei Radesheim nach ihm benannte, und den Ersten Generalquartiermeister General der Infanterie Ludendorff, dessen Namen die Rheinbrücke bei Remagen tragen soll.

Für den größten Teil unserer Leser ist der heutigen Nummer dieser Zeitung eine Beilage beigelegt, in welcher Heinrich Lohmann, Hauptstraße 14, in Cronberg die Vorteile des Erneuerungsverfahrens für unbrauchbar gewordene Strümpfe und Socken durch die Strumpfklinke-Geschwister Schweizer in Hagenau i. E. ausführt und auf welche unsere Leser auch an dieser Stelle besonders aufmerksam gemacht seien.

Jung. Mädchen

sucht Stellung in gutem Hause wo sie sich im Kochen weiter ausbilden kann. Angebote unter L. M. an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Ein schönes

Buchziegenlamm

zu verkaufen Bornau, Feldbergstr. 7.